

Reden über den Rechtsstaat

Rede von Susanne Baer beim Neujahrsempfang des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz am 29. Januar 2026 in Berlin

Herzlichen Dank, Frau Ministerin, und guten Abend, verehrte Anwesende!

Ich wurde gebeten, Ihnen einen Impuls zu geben – für Ihre Gespräche, und darüber hinaus, für das Jahr 2026. Das ist nicht einfach. Denn es ist ganz sicher kein einfaches Jahr. Ich höre oft, es gebe „Herausforderungen“. Aber wann war das anders? Und sind es wirklich nur „Herausforderungen“?

Tatsächlich ist es fünf vor 12. Es liegt mir nicht, zu skandalisieren. Ich verstehe auch das Gefühl des „ich kann es nicht mehr hören“. Und des „ja, das wissen wir schon“. Aber das ist gefährlich. Denn wer hinsieht, sieht nicht nur Herausforderungen, sondern handfeste Gefahren.

Ganz nüchtern betrachtet: Wir leben in der Polykrise: Kriege, Klima, Kapitalismus, KI – Autokraten, Aggression, Automaten, Abstiegsängste – Monopole und brutale Macht. Wie immer Sie das nennen wollen: Es ist handfest, und es ist eine Gefahr.

Dasselbe gilt für die rechtsstaatliche Demokratie. Sie ist nicht nur gefordert, sondern gleichfalls gefährdet. Ich nenne nur drei Gefahren (Sie können im Anschluss miteinander klären, welche es noch gibt): Wer hinsieht, sieht die Angriffe auf den Rechtsstaat, den Vertrauensverlust und sieht Piraterie.

Angriffe

Die erste Gefahr sind die Angriffe: physisch, rhetorisch, politisch. Sie zielen auf die Politik, vor allem vor Ort, in den Kommunen, und das ist schlimm genug. Sind wir da auch gegen digitale Gewalt und auch gegen den Sexismus und Rassismus, der da wütet, gut genug aufgestellt?

Daneben stehen die Angriffe auch auf die Justiz, und zwar zunehmend. Es ist wichtig, da nichts zu verwechseln: Kritik ist gut und sogar wichtig. Aber Angriffe gehen gar nicht. Tatsächlich häufen sich dennoch „Gewaltvorfälle“ – gegen Gerichtsvollzieherinnen, gegen Mitarbeitende, gegen Richter oder Staatsanwälte, im Gericht und auf der Straße, auf dem Markt. Tatsächlich werden Angehörige der Justiz mit Dienstaufsichtsbeschwerden oder Strafanzeigen überzogen, falsch verdächtigt oder verleumdet. Tatsächlich sind Diffamierung und Delegitimierung des Rechtsstaats mittlerweile keine Ausreißer mehr, sondern steht es im „autokratischen Handbuch“ und ist auch in Deutschland Strategie der rechten Autokraten. Deshalb war es so wichtig, dass auch Justizministerinnen – in Bund, im Land Berlin – sofort klare Worte fanden und sich vor das Verwaltungsgericht Berlin stellten. Was tun Sie?

Tatsächlich mehren sich auch sonst für den Rechtsstaat gefährliche Zeichen. Dazu gehört der Brief von mittlerweile zig Regierungen gegen die Rechtsprechung des EGMR in Straßburg. Welche Zeichen sehen Sie?

Vertrauensverlust

Die zweite Gefahr ist der Vertrauensverlust. Sie wissen sicher, was ich meine. Was machen Sie damit?

Und auch da lohnt es sich, genauer hinzusehen. Die Eingangszahlen bei Gerichten gehen genau da zurück, wo die Menschen selbst entscheiden können, ob sie den Rechtsstaat nutzen: im Zivilrecht. Befragte sagen, es dauere zu lang und sei nicht mehr berechenbar. Wie reagieren Sie darauf? Sind wir – an den Gerichten, in der Rechtswissenschaft, auch bei den Top-Kanzleien – dogmatisch mittlerweile superschlau, aber nicht mehr plausibel? Regeln wir zu viel des Guten? Auch „Bürokratiearmut“ ist wichtig – aber doch nicht als Chiffre für weniger Rechtsschutz! Vertrauensverlust hat heute viele Facetten. Was tun Sie dagegen?

Piraterie

Die dritte Gefahr ist die Piraterie. Was uns – hoffentlich – viel wert ist, wird gekapert, wird übernommen, allerorten unfriendly takeover. Denn heutige Autokraten sind politische Piraten.

Wie gefährlich das ist, zeigt das Justizprojekt des Verfassungsblogs: Instanzgerichte und Landesverfassungsgerichte sind akut bedroht. Deutlich wird da auch: Das Personal stellt die entscheidenden Weichen. Was ist da jetzt zu tun?

Wie systematisch Piraterie betrieben wird, zeigt zudem die scheinheilige Rede von Normalität, Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, dem wahren Willen des Volkes und mehr. Ich komme gleich darauf zurück.

„Herausforderungen“ also? Es ist wohl eher fünf vor 12. Und daher ist es entscheidend, jetzt genau hinzusehen. Es darf nicht irgendwann zu spät sein.

Was tun?

Auch dazu gebe ich nur ganz kurz drei Impulse, oder noch kürzer nur 3 K's.

Bei mir zielt das ganz sicher nicht auf das berühmte antifeministische Rezept, um Frauen an Heim und Herd zu bringen, also nicht Kinder – Küche – Kirche. Nur muss dazu gesagt werden: Auch das hat Konjunktur. Autokraten benutzen das Thema Gender als Triggerthema, um Brücken quer durch alle politischen Lager zu bauen; sie befeuern einen „Kulturkampf“, um breit anschlussfähig zu sein. Das lässt sich entlarven. Gehen Sie dem bitte nicht auf den Leim!

Demgegenüber sind meine K's großzügig nach dem Klang gefasst: Klarheit, (K)Courage und Kommunikation

Zur Klarheit

Die Klarheit braucht es gegen die Piraterie. Je mehr es Autokraten gelingt, Begriffe zu kapern und damit die Köpfe und die Hinterköpfe zu besetzen, desto gefährlicher wird es.



▲ Foto: djb/AG

Was also bedeutet „Demokratie“? Für mich ist die Antwort klar, immer mit dem Grundgesetz: Artikel 1 bis 19, 20, 38 und noch mehr. Also Bindung an Grund- und Menschenrechte, auch für Mehrheiten. Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Föderalismus, auch der Sozialstaat zwingend dabei, und ein friedliches Deutschland in Europa und den Vereinten Nationen der Welt, so die Präambel. Das bedeutet dann auch wirklich freie, faire Wahlen, mit Debatten, nicht nur deep fakes, mit Engagement ohne Angst, nicht mit Lügen, nicht mit Hass.

Und es bedeutet auch „wehrhafte Demokratie“. Die Deutschen kennen sich da aus, denn wir haben bittere Erfahrung. Das ist auch mehr als die Option Parteienverbot, denn wehrhaft ist die lebendige Demokratie, die auf Artikel 5, 8 und 9 Grundgesetz vertraut, also auf Ihre Rechte, aufzustehen. Würde ein Parteiverbotsantrag aber zudem nicht jedenfalls zeigen, wo die „roten Linien“ laufen, die in der Demokratie nicht überschritten werden dürfen? Da müssen wir Kriterien schärfen, um das Vorfeld vorgeblich normaler Parteien in den Blick zu nehmen, und die „rohe Bürgerlichkeit“ enttarnen (so nennt der Soziologe Heitmeyer den Auftritt in Anzug und Kostüm, der die Menschenverachtung dahinter verbirgt). Aber damit würden wir als Gesellschaft auch gewinnen.

Und was bedeutet „Freiheit“? Die kurze Antwort lautet: Selbstbestimmung, kein Egoprogramm. Aber es gibt aggressiv-laute Stimmen, die das anders deuten wollen. Gemeint ist hier aber eine Freiheit „in sozialen Bezügen“, so hat es das Bundesverfassungsgericht schon in den 1950er Jahren formuliert. Das ist also kein Blankoscheck für Rücksichtslosigkeit, sondern Freiheit, die miteinander gelebt werden kann, nicht gegeneinander.

Deshalb ist auch dringend angezeigt, die „Gleichheit“ nicht zu vergessen. Das hat mit weder etwas mit Angleichung zu tun noch mit der Homogenität des Privilegs, es ist kein Nebenwiderspruch und keine Nebensache. Aber gerade die Gleichheit wird denunziert oder negiert. Sie sollten auch das nicht kapern lassen. Was tun Sie da?

Und schließlich noch die „Menschenwürde“. Wiederum das Bundesverfassungsgericht hat deutlich formuliert, diese sei „migrationspolitisch nicht zu relativieren“. Wann haben Sie das zuletzt erklärt? Jedenfalls ist es wichtig, sich das nicht klauen zu lassen.

Der „Rechtsstaat“ schließlich. Was genau ist das – für Sie, für uns alle? Er ist nicht formal, sondern materiell definiert, er ist nicht irgendeinem Recht, sondern der Gerechtigkeit verpflichtet – auch das wissen die Deutschen sehr gut aus der Geschichte. Dazu gehört auch richterliche Unabhängigkeit, aber die ist nicht dafür da, dann willkürlich zu entscheiden – wie der von erschreckend Vielen sogar mit einer Weißen Rose gefeierte Richter in Weimar, der gezielt seine Zuständigkeit überschritt. Und Unabhängigkeit bedeutet auch nicht, sich nicht fortzubilden in dem, wofür man Verantwortung trägt. Sondern unabhängig meint, dem Recht zu und der Gerechtigkeit und damit den Menschen zu dienen. Die Welt wird immer komplizierter, und wir wissen immer mehr. Wann haben also Sie, als Richterin, als Richter, zuletzt nachgefragt, wann Ihre nächste Fortbildung angeboten wird?

Und schließlich ist da die Neutralität. Auch sie wird gefährlich umgedeutet, um demokratisches Engagement zu ersticken. Die den Holocaust Überlebende Tove Friedman hat dazu diese Woche im Deutschen Bundestag gesagt: „Neutralität im Angesicht des Hasses ist keine Neutralität – sie bedeutet Zustimmung“. Was bedeutet das für Ihre Praxis? Wir dürfen das Wort jedenfalls nicht den Piraten überlassen!

Zur Courage

Der zweite Impuls betrifft die Courage, gegen das Wegsehen, das Bagatellisieren, gegen business as usual. Auch das ist keine Panikmache, aber es ist tatsächlich fünf vor 12. Also raus aus der Komfortzone!

Amtlich, institutionell zeigen die Szenarien des Justizprojekts, was da gefordert sein kann. Stellen Sie sich vor, die Justizministerin heißt nicht mehr Hubig, sondern NN, AfD. Was tun Sie dann? Was tun Sie gegen eine Blockade im Richterwahlausschuss, wie bereits in Thüringen? Und da ist noch mehr.

Persönlich ist Haltung gefragt, ein altes Wort, aber aktuell wichtig. Da steckt „Verfassungstreue“ drin, ganz sicher. Und auch hier die „Neutralität“, aber richtig verstanden. Vor allem aber steckt darin heute die Bereitschaft, nicht bequem zu sein. Also rein in die Offensive, für die Demokratie, für den Rechtsstaat!

Da gibt es Vorbilder. In diesem Haus ist Fritz Bauer zu erwähnen. Aber Sie können sich auch an der ersten Bundesministerin orientieren, Elisabeth Schwarzhaupt. Es gab einen Sitzstreik der Frauen der CDU, damit Adenauer sie im Kabinett akzeptiert. Er wolle nicht mit einem Kühlschrank arbeiten, hieß es damals. Was tun Sie heute, wenn schlichte Frauenfeindlichkeit wieder Urstände feiert?

Oder nehmen Sie Elsa Lohmeyer, Frankfurt/Oder. Sie war die erste Staatsanwältin in Deutschland, 1932, wurde aber 1934 durch persönliches Eingreifen von Roland Freisler fristlos entlassen, damals Staatssekretär im preußischen Justizministerium, später Präsident des Volksgerichtshofs. Warum? Sie wollte ganz ordentlich gegen einen SA-Führer und einen SS-Mann ermitteln. Nur war das zu viel Rechtsstaat für die Nazis. Lohmeyer zahlte einen hohen persönlichen Preis. So weit sollte es nie wieder kommen. Was setzen wir dafür heute ein?

Zur Kommunikation

Der Impuls ist schlicht: Sie tun so viel Gutes – reden Sie darüber!

Ich habe Studierende gefragt, was zum Beginn des Jahres 2026 zu sagen sei, vor der versammelten Justiz und Rechtspolitik, den ministerial und sonst Verantwortlichen. Sie waren da sehr klar. Das Positive müsse mal gesagt werden. Es geht uns doch gut! Aber das kommt nicht rüber. Der Rechtsstaat muss cool werden. Das Grundgesetz – cool! Die Demokratie, die ihren Namen verdient – große Klasse! Da ist etwas zu tun.

Die Demokratie funktioniert, aber sie muss erklärt und beworben werden. Da geht noch was, oder?

Der Rechtsstaat funktioniert, aber er muss erst recht erklärt und beworben werden, um akzeptiert, geschätzt und bestenfalls auch cool zu sein. Wir brauchen Merch! Keine teure PR-Aktion, sondern Ihnen selbst fällt da ganz sicher sehr viel ein. Aber vor allem: Reden Sie! Sprechen Sie darüber! Erklären Sie es den Leuten – die haben es verdient!

Deshalb gibt es eine Stiftung Forum Recht des Deutschen Bundestages, und dafür stehen im ganzen Land Projekte und Initiativen. Auch die sind nicht zufällig gefährdet – sie brauchen Ihren Schutz, Ihr Engagement. Da lässt sich etwas tun! Also raus

aus den Sesseln, den Fachzirkeln, der eigenen Welt: Was Ihnen selbstverständlich erscheint, ist es eben nicht.

Nun denken Sie vielleicht: Das müssten die doch wissen. Steht doch im Grundgesetz, oder der Landesverfassung. Oder in der Grundrechtecharta der EU, den UN Konventionen gegen Rassismus, für Frauenrechte, gegen Behinderung, für Kinderrechte, für soziale Gerechtigkeit. Es gibt so viele wunderschöne Normen, aber auch so viel schlafendes Recht. Wie wäre es, das wach zu küssen?

Sie könnten auch sagen: Die Schule ist gefragt. Ja auch. Aber schieben Sie das nicht ab. Hier können alle was tun.

Oder Sie meinen, das sei Aufgabe der politischen Bildung? Ganz sicher. Schützen und fördern Sie die, auch vor ganz falsch verstandener missbrauchter „Neutralität“, mit der zur Zeit Gemeinnützigkeit in Frage gestellt wird. Aber Sie selbst sind auch gefragt.

Und dann ist da noch die juristische Ausbildung. Sie ist tatsächlich wichtig, Die JuMiKo sah keinen grundlegenden Reformbedarf – überdenken Sie das! Die Belastung der Studierenden ist exorbitant, Didaktik oft aus der Zeit gefallen, genauso wie der Stoff: zu viel, Vieles nicht relevant, morgen nicht mehr aktuell. Die Vorgabe in § 5a DRiG, die Unrechtsregime überall mit zu reflektieren, ist ein wichtiger Schritt, aber die Umsetzung braucht es jetzt noch. Da geht doch noch mehr, oder?

Und das gilt auch persönlich. Auch Sie erleben sicher, dass sich Menschen begeistern, wenn sie erzählen, was sie beruflich tun – Ärzte, Forscherinnen, Medienleute. Tun Sie das auch: Ich bin im Ministerium? Ich sitze im Amt? Meine Zuständigkeit ist? Ein großartiger Ort: das Landgericht? Die Staatsanwaltschaft? Ich arbeite für's Gemeinwohl – das ist wirklich spannend, wichtig, toll? Wann haben Sie das zum letzten Mal begeistert und begeisternd erzählt? Ich glaube, da geht noch was.

2026 also.

Gefragt ist Haltung, konkreter Klarheit, Courage und Kommunikation. Sie haben sicher noch viele weitere Ideen! Die Demokratie, die hier gewollt ist – siehe Grundgesetz, die coole Demokratie – sie braucht Sie jetzt! Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!

– *Es gilt das gesprochene Wort!* –